

Pressemitteilung zu den Stellungnahmen „A33-Lückenschluss“

Das Netzwerk Nachhaltige Mobilität in der Region Osnabrück spricht sich entschieden gegen einen Weiterbau der A33 aus und fordert die Akteure in Stadt und Landkreis auf, sich an die geltenden Klimaschutzziele zu halten und sich an einen breiten Diskurs über Alternativen zum Autobahnbau zu beteiligen.

Der NOZ vom 5. Februar 2021 entnehmen wir, dass sich ein „Verkehrsbündnis pro A33 Nord“ für den Ausbau der A33-Nord ausspricht. Es wird u.a. damit argumentiert, dass die Wirtschaft auf eine gute Verkehrsinfrastruktur angewiesen sei.

Am 09. Februar 2021 wird der Rat der Stadt Osnabrück auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt ebenfalls eine Stellungnahme billigen, die dem Flächenfraß im Umland Vorschuss leistet und damit die eigenen Klimaschutzziele fallen lässt.

Das *Netzwerk Nachhaltige Mobilität* möchte bewusst machen, dass mit einer solchen Forderung eine Zukunft heraufbeschworen wird, die nicht zukunfts- und überlebensfähig sein kann, weil sie den verkehrspolitischen Status quo einfach fortschreibt: Mehr Straßen gleich mehr Verkehr! Wir brauchen aber eine Verkehrswende (nicht nur eine Antriebswende). Insofern ist die aufgestellte Forderung schlicht unzeitgemäß und kontraproduktiv. Deren Vertreter verfahren nach dem Motto: „Immer mehr desselben!“ Nötig ist aber ein neues Denken, ein Umdenken und Umschwenken!

Es sollte bekannt sein, dass es europäische und deutsche Klimaschutzziele gibt, und dass die Klimaschutzregion Osnabrück ihre Klimaschutzziele vor diesem Hintergrund entwickelt hat. Der Osnabrücker Stadtrat hat im Mai 2019 „die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität“ einstimmig anerkannt. Im Landkreis gibt es ähnliche Absichtserklärungen. Dennoch haben sich beide Kommunalparlamente noch nicht gegen den Bau der A33-Nord ausgesprochen, obwohl sie es besser wissen müssten. Existieren da in Politik und Wirtschaft womöglich dieselben Denkblockaden?

Der Verkehr ist mit mehr als 25 Prozent an den Treibhausgasen beteiligt. Eine Verkehrswende bedarf der Reduktion von Verkehr, auch des Güterverkehrs. Eine Wirtschaft, die sich zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit bekennt, muss den Weg zu mehr Transportvermeidung, also wegearmer Produktion und kurzen Lieferketten, einschlagen. Hier liegt die Zukunft umweltgerechter Mobilität. Nach täglich neuen Meldungen über das Fortschreiten des Klimawandels an Autobahnbauten festzuhalten, zeugt vom Beharren auf alte Muster, die allein betriebswirtschaftliche Renditeerwartungen in den Mittelpunkt stellen und die Schäden an Umwelt, Natur und Gesundheit auf die Allgemeinheit abwälzen.

Unfallrisiken und Staus lassen sich nicht durch mehr Autobahnen reduzieren, sondern mit dem Umstieg vom Individualverkehr zum ÖPNV!

Als Netzwerk Nachhaltige Mobilität sind wir an sachlichen Argumenten interessiert und nicht daran, wie „mächtig“ die Organisationen und Verbände sind, die sie vortragen. Für uns sind z.B. folgende Fragen zentral:

1. Hieß es nicht einmal: Güter gehören auf die Schiene? Warum braucht es dann mehr Autobahnen?
2. Warum hat der Niedersachsenpark keinen Gleisanschluss, bekommt aber eine eigene Autobahn-Anschlussstelle?
3. Wie sollen denn die Klimaschutzziele erreicht werden, wenn es immer mehr Straßen gibt, die immer mehr Verkehr erzeugen?
4. Wenn die Massenmotorisierung ein „Auslaufmodell“ ist und allein schon aus Klimaschutzgründen zurückgefahren werden muss: Was soll eine Autobahn, die dann erst fertig ist und die Landschaft zerstört hat und verlärmten wird, wenn die Verkehrswende sie inzwischen überflüssig gemacht hat?
5. Wie klug ist es volkswirtschaftlich, 170 Millionen Euro in 9 Kilometer Straße zu stecken, deren verkehrswirtschaftlicher Nutzen schon zum heutigen Zeitpunkt umstritten ist. Wäre es nicht klüger, diese Gelder für zukunftsfähige Projekte umzuschichten, z. B. für den Gleisanschluss des Niedersachsenparks oder für die längst fällige Verbesserung des ÖPNV und Radverkehrs in der Region?

9. Februar 2021

Rainer Korte

